

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Verlagsbedingungen siehe Seite 25. — Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Blumenhauer Straße 39—42, Telefon-Nr. 93 a, 50, Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

### An die organisierten Arbeiter aller Länder!

Die Vorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands erheben zu den Friedensbedingungen der Entente folgenden Aufruf: Arbeiter! Genossen! Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrückung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekannthegeordneten „Friedens“bedingungen herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden dar, der die Verhöhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Geloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unserer Ernährungsländer, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 88 Prozent unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die achte Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermesslicher und noch nicht endgültig festgelegter Kriegsschuldigkeiten auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Sklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,38 Mill. Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Forderungen wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Ar-

beiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann nach den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefaßten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Traktat gegen den internationalen Arbeiterdiktator.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente-Staatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verhöhnung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Verkündung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgeblieben zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

tober 1918 auch international im Sinne der Berliner Gewerkschaftskonferenz geschaffen werden sollte. Bereits im Oktober 1918 äußerte der Vertreter der Generalkommission im Vorhause des Bundes diese Auffassung und im Dezember stellte die Generalkommission selbst den Antrag, den Bund aufzulösen. Infolge der Verhältnisse wurde der Ausschuss zur Entscheidung über den Antrag noch nicht zusammenberufen. Aber die Generalkommission gedenkt ihre weitere Mitarbeit auch dann einzustellen, wenn die Auflösung nicht erfolgen sollte.

Der Bericht geht sodann auf die Bemühungen des Prof. Brentano-München ein, eine gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrages herbeizuführen. Brentanos Vorschläge bezweckten eine Abänderung und Ergänzung des § 105 der Gewerbeordnung. An den Beratungen hierüber waren Vertreter der Verbände beteiligt, die Reichstasche mit den Unternehmern abgeschlossen haben, sowie Vertreter der Christlichen und katholischen Gewerkschaften. Es wurden Vorschläge über den kollektiven Arbeitsvertrag angestellt, denen bei der letzten Beratung die Vertreter der autonomen Gewerkschaften nicht beitraten, weil sie befürchteten, in der vorgezeichneten Organisation eine genügende Vertretung nicht zu erhalten. Brentano gab daher seinen Plan auf, der überdies durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände überholt wurde. Das gleiche ist noch dem Bericht mit dem Arbeitskammergesetz in der von der früheren Reichsregierung vorgelegten Fassung der Fall. Die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft werden erfüllt können und mehr und Besseres zu leisten vermögen, als die durch gesetzlichen Zwang errichteten Arbeitskammern. Der öffentlich-rechtliche Charakter kann, wie dies in ähnlichen Fällen schon geschehen ist, durch Gesetz übertragen werden. Daneben seien jedoch territoriale Arbeiterkammern zu errichten, die alle Arbeitnehmer umfassen würden, was bei den Nachgruppen der Arbeitsgemeinschaft, die sich auf die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stützen, nach der Fall in. Durch Verordnung des Reichsarbeitsamts sind inzwischen Arbeiterkammern für Bergbau- und Untertagebetriebe errichtet worden und die Besetzung derselben oder bezugsweise zu organisierender Vertretungen der Arbeitnehmerseite wurde durch die Reichsregierung angeordnet. Somit ist eine Vertretung der Arbeitnehmerseite geschaffen, die weit über das hinausgeht, was das frühere Arbeitskammergesetz bringen sollte.

Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hatte beabsichtigt, seine Tätigkeit über den Krieg hinaus fortzusetzen und forderte eine Erhöhung der Beiträge. Die Generalkommission lehnte die Forderung ab, weil sie der Auffassung ist, daß die Tätigkeit des Ausschusses nach Kriegsende einstellt.

In den Vorarbeiten für die Demobilisierung hat die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war. Die verschiedenen Komitee in den Ministerien erarbeiteten jedoch durch- und gegeneinander und die Gefahr bestand, daß bei der von der Entente bewirkten kurzen Zeit der Demobilisierung eine Katastrophe hereinbrechen konnte. Auf Anregung von Unternehmern wurde eine Vereinbarung zwischen der Generalkommission abgeschlossen, der die Konferenz der Vorstandsvertreter am 1. November 1918 zustimmte; diese Vereinbarung regelte das einheitliche Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in allen Fragen der Demobilisierung und der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Sie forderte von der Reichsregierung die Einrichtung einer Demobilisierungsbehörde als selbständiges Reichsamt, für deren Tätigkeit sie die näheren Grundzüge aufstellte. Als diese Vereinbarung am 1. November in einer Sitzung vorgelesen wurde, erhob die Regierung die größten Bedenken und es bedurfte des Ultimatum durch den Vorsitzenden der Generalkommission, um der Regierung das nötige Verständnis für den Ernst der Situation beizubringen. Legien erklärte den Herren, daß bei so heftiger Behandlung der großen Sache die Gewerkschaften und wohl auch die Unternehmernorganisationen ihre Mitarbeit verweigern müßten. Die Sitzung verlief ohne Ergebnis, aber schon am nächsten Tage hatte der Reichsarbeitsrat eine weitere Sitzung mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter veranstaltet, in der es zu einer Einigung mit der Regierung kam. Das Demobilisierungsamt wurde sofort geschaffen und der mit ausstehenden Vollmachten als Staatssekretär berufene Dr. Koch bemühte sich sofort, die Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über ein einheitliches Handeln herbeizuführen. Die hierzu nötige Organisation entstand in der Arbeitsgemeinschaft, aber doch nicht rechtzeitig genug, und sie ist auch bis heute noch nicht so ausgeführt, um sich wirksam in der Demobilisierung zu betätigen. Freilich war auch die Situation, die durch die Bedingungen des Waffenstillstandes entstanden war, außerordentlich schwierig. Das Demobilisierungsamt hat zwar eine Anzahl wertvoller Verordnungen erlassen, aber der Plan, die entlassenen Truppen den geeigneten Arbeitsplätzen zuzuführen und die vorhandenen Rohstoffe entsprechend zu verteilen, konnte es nicht zur Ausführung bringen. Ein Hindernis boten dabei noch andere Kriegsdienstleistungen der Fortbewegung und bisheriges Wirken für notwendig hielten. Das Demobilisierungsamt soll jetzt seine Tätigkeit einstellen. Von der Arbeitsgemeinschaft war je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zur ständigen Mitarbeit in das Demobilisierungsamt berufen.

Die Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Arbeitnehmer Deutschlands wurde am 4. Dezember 1918 gegründet, nachdem schon Ende Dezember 1917 und Januar 1918 die ersten Besprechungen stattgefunden hatten. In einer Sitzung am 3. Oktober 1918 wurde von beiden Seiten die Auffassung vertreten, daß ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges die Gewerbeverhältnisse nach Friedensschluß so ungünstig sein würden, daß die Arbeiterklasse nur beim Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor schweren Schädigungen bewahrt werden könne. Am 22. Okt. 1918 fand eine weitere Besprechung in größerem Kreise statt und in einer Sitzung vom 7. November 1918 konnte bereits der Entwurf zu einer Vereinbarung in Auftrag gegeben werden. Die Vereinbarung kam am 15. November zustande und ist damals im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Aus dieser Vereinbarung ging dann am 4. Dezember die Arbeitsgemeinschaft hervor mit der Aufgabe, die Vereinbarung durchzuführen. Auch über den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft ist im „Correspondenzblatt“ berichtet worden. Der Ausbau der Arbeitsgemeinschaft sei nicht in dem Maße vorwärts gegangen, wie es für die Demobilisierung notwendig gewesen wäre. Von Seiten der Gewerkschaften wurde zunächst Alexander Schilde, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, als Geschäftsführer in die Arbeitsgemeinschaft delegiert, dessen Nachfolger der Angestellte des Metallarbeiterverbandes, U. Cohen, Berlin, am 2. Februar 1919 wurde.

In eingehender Weise beschäftigt sich der Bericht dann mit der Frage des Ausbaues der Arbeiterräte; das dokumentarische Material über die Beschlüsse der Vorstände und die von der Generalkommission gegenüber dem Demobilisierungsamt dargelegte Auffassung, sowie die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins und die Erklärungen der Reichsregierung gegenüber der Abordnung der sozialdemokratischen Arbeiterräte vom 5. März 1919 werden wiedergegeben.

Die Differenzen in der Arbeiterrätefrage in Braunschweig wurden am 4. November 1918 durch eine Verständigung beigelegt. Das Bezirkssekretariat ist bereits seit Ende Dezember mit dem Arbeiterräteamt vereinigt worden.

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Regierung hat ebenfalls zugestimmt, daß Vertreter der Gewerkschaften zur Friedenskonferenz berufen werden sollen. Der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, wurde bereits im Dezember 1918 zu den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spa hinzugezogen.

### Wahlen zu den Arbeitskammern im Bergbau.

Bekanntlich werden nach einer Verordnung der Reichsregierung, die wir bereits in der „Bergarb.-Ztg.“ vom 8. März veröffentlichten, Arbeitskammern für den rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Kohlenbergbau errichtet. Für andere Gebiete und Bezirke des Bergbaues können ebenfalls Arbeitskammern eingeführt werden. Vorerst kommen nur die beiden genannten Bezirke in Frage. Die Wahlen zu diesen Arbeitskammern finden im Ruhrgebiet am 27. Juni statt und zwar von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Wann die Wahlen in Oberschlesien stattfinden, ist uns noch nicht bekannt.

Die Arbeitskammern sollen mindestens aus 40 Mitgliedern bestehen, die aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je zur Hälfte zu ernennen sind. Außerdem ist die gleiche Anzahl von Stellvertretern zu wählen. Eine besondere Abteilung für Angeordnete, bestehend aus 24 Mitgliedern und 24 Stellvertretern, soll den Arbeitskammern ebenfalls angegliedert werden. Die Abstimmung erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Jede Rede bildet einen Stimmbezirk.

Wahlberechtigt sind alle im Bergbau des Stimmbezirks tätigen männlichen und weiblichen Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und demjenigen Bezirke des Bergbaues angehören, für welchen die Arbeitskammer errichtet ist. Wahlbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die seit mindestens einem Jahre als Arbeiter im Kohlenbergbau tätig sind. Außerdem sind wählbar, sofern sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden: 1. Personen, die wenigstens drei Jahre hindurch als Arbeiter im Bergbau tätig gewesen sind und seit mindestens einem Jahre im Bezirk der Arbeitskammer wohnen; 2. Personen, die mindestens seit einem Jahre als Vorstandsmitglieder oder Angestellte beruflicher Vereine der Arbeiter des Bergbaues tätig sind und im Bezirk der Kammer wohnen. Es können also auch Angestellte unseres Verbandes in die Arbeitskammern gewählt werden.

Nach einer Bekanntmachung des Wahlkommissars, Herrn Oberbergamt Bieler werden die Wahlberechtigten aufgefordert, bis spätestens 29. Mai Vorschlagslisten bei dem unterzeichneten Wahlkommissar einzureichen. Vorschlagslisten, die später einlangen oder die nicht von mindestens 40 Wahlberechtigten unterzeichnet sind, sind unzulässig. Eine Verbindung von Vorschlagslisten ist unzulässig. Jede Vorschlagsliste soll wenigstens 40 wählbare Bewerber (20 Mitglieder und 20 Stellvertreter) benennen. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Ruf- und Familiennamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Auch die Unterzeichner haben ihrer Unterschrift die Angabe ihres Berufes und ihrer Wohnung beizufügen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in die Vorschlagsliste mit einzureichen.

Die Wählerliste liegt vom 20. Mai bis zum 26. Mai täglich von morgens 6 bis abends 8 Uhr auf der Steigerstube zur Einsicht aus. Einsprüche gegen die Wählerliste sind zur Vermeidung des Ausschusses spätestens am 26. Mai bei dem zuständigen Wahlvorstand anzubringen.

Die Stimmabgabe über die zugelassenen Vorschlagslisten findet am 27. Juni 1919 in der Steigerstube statt. Jeder Wahlberechtigte darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen. Der Wähler, der von seinem Stimmrecht Gebrauch machen will, hat seinen Stimmzettel am bezeichneten Tage während der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in einem Wahlumschlag abzugeben, den er auf der Steigerstube empfängt.

Wahlberechtigte, die in Gemeinden wohnen, in welchen keine örtliche Wahlstelle eingerichtet ist, können ihre Stimmzettel brieflich dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes ihres Stimmbezirks in der Zeit vom 25. bis 27. Juni in verschlossenen Umschlägen unter Beifügung eines ihre Person kennzeichnenden Anschriftens überbringen.

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt bis zum Schluß der Stimmabgabe täglich von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr nachmittags auf der Steigerstube zur Einsicht aus.

Unsere Kameraden müssen nun unverzüglich die nötigen Vorbereitungen für die Wahlen treffen. Die Arbeitskammern haben wichtige Aufgaben zu erfüllen; sie haben durch Abstimmungen, Gutachten und Anträge an die Behörden Vorarbeiten zu leisten für die kommende Sozialisierung der Bergwerke; in die Verbände zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes sollen sie ihre Vertreter entsenden, die dadurch in die gesamte Kohlenwirtschaft einen besseren Einblick gewinnen; ferner sollen sie die gesamten Arbeitsbedingungen dem Recht und der Billigkeit anzupassen suchen, die Durchführung der zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften überwachen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen des Gewerbes wahrnehmen. Diesen Aufgaben ihrer Vertreter in den Arbeitskammern muß die Bergarbeiterchaft das größte Interesse entgegenbringen.

Es ist nunmehr keine Zeit zu verlieren. Die Wahlagitator muß mit aller Wucht einsetzen. Jeder Wähler muß innerhalb der vorgeschriebenen Frist sich überzeugen, ob sein Name in der Wählerliste steht und im gegenteiligen Falle sofort seine Eintragung bewirken. Jede Stimme zählt, auf jede Stimme kommt es an.

Den freien Männern gehört die Zeit. Geht darum ungehäumt an die Wahlarbeit. Die Kandidaten unseres Verbandes müssen eine erdrückende Stimmenmehrheit erhalten, denn nur dann ist die sichere Gewähr gegeben, daß die Interessen der Bergarbeiter entsprechend vertreten werden.

### Bericht der Generalkommission für 1918.

Aus dem den Verbandsvorständen unterbreiteten Bericht der Generalkommission für 1918 geben wir folgende Angaben im Auszuge wieder:

Durch den Zusammenbruch Deutschlands haben verschiedene Arbeiten und Beschlüsse, über die noch zu berichten wäre, nur historische Bedeutung. So z. B. der Versuch der Vaterlandspartei im Oktober 1918, eine Verständigung mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland herbeizuführen. Der Volksbund stellte die Bedingung, daß die Vaterlandspartei ihrer annexionistischen Pläne entsage und sich auf den Boden der Friedensresolution des Reichstages stellen müsse, was abgelehnt wurde, so daß die Aktion der Vaterlandspartei erfolglos blieb.

Aber auch der Volksbund selbst wurde nach der Auffassung der Generalkommission dadurch überflüssig, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen durch die neue Reichsregierung gestiftet wurde, und daß ein neues Arbeiterrecht nach den Erklärungen des Reichstages vom 5. D-



verworfenes Feld kann nicht sofort und nicht aus sich selbst heraus neue Ernte bringen; es muß erst durch angelegte, geduldige Arbeit von Grund auf neu befrucht werden.

Sie möge nur eine Zahl, die über den Umsatz, wiedergegeben werden. Der Warenumfang ging von 107 737 281 Mk. auf 104 500 972 Mk. zurück.

Im neuen Jahre macht sich bereits eine nicht unbedeutende Besserung bemerkbar; das erste Viertel erbrachte 82 042 161,82 Mk. Umsatz, gegen 24 210 197,79 Mk. im gleichen Zeitraum 1918 und 29 849 611,91 Mk. im 1. Viertel 1917.

Das aufrichtige Bedauern jedes Genossenschafters über die sinnlose Bruchlegung einer so leistungsfähigen Organisation durch die Kriegswirtschaftsinstanzen wird nur in etwas gemildert durch die aus obigen Darlegungen sich ergebende Gewissheit, daß die Großverkaufsgesellschaft trotz alledem in jeder Beziehung ihre volle Kraft zu bewahren verstanden hat.

Organisation gegen den Wucher.

Man mag die durch Wucher und Schleichhandel maßlos verteuerten Waren mit noch so viel Klagen begleiten, so werden die auf diese Weise erzwungenen hohen Preise erst mit der organisationsmäßig erfassten Ware verschwinden oder doch zurückgehen.

Ganz ähnlich liegen die Dinge beim Ein- und Verkauf anderer Waren. Ein wohnsitznaher Landwirt hat den Vorschlag gemacht, den Wucher mit Eiern in der Weise zu bekämpfen, daß in allen Gemeinden Listen aufgestellt werden, in die sich jene Hühnerhalter eintragen, die gewillt sind, keinen Wucher beim Verkauf der Eier zu treiben.

Das ist ein gutgemeinter Vorschlag, aber auch nicht mehr. Erfolg wäre ihm bei dem Mangel an Ware oder nur beschieden, wenn die Verbraucher auf der Höhe sind und sich nicht von jedem ersten besten Schleichhändler über's Ohr lassen lassen.

Internationale Rundschau. In die Sozialisten aller Länder!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat am 9. Mai an die Sozialisten aller Länder folgenden Aufruf gerichtet: Der Verfall der Entente eines Friedensvertrages hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder übererfüllt.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind während des ganzen Krieges für einen Frieden der Verständigung und Verständigung der Völker eingetreten, der so beschaffen sein sollte, daß er nicht den Keim zu neuen Kriegen in sich trug.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind während des ganzen Krieges für einen Frieden der Verständigung und Verständigung der Völker eingetreten, der so beschaffen sein sollte, daß er nicht den Keim zu neuen Kriegen in sich trug.

Der Verfall der Entente eines Friedensvertrages hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder übererfüllt. Der Gewaltfrieden, der uns nach dem Willen der Verfaller aufgezwungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Landesverteidigung.

Der Verfall der Entente eines Friedensvertrages hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder übererfüllt. Der Gewaltfrieden, der uns nach dem Willen der Verfaller aufgezwungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Landesverteidigung.

auf ein gemeinsames Friedensprogramm geeinigt. Sie haben gegen jede Verletzung der Willkürigen Grundzüge protestiert und für die Streitfragen, wie z. B. die des Saargebietes und Danzigs, Lösungen gefordert, die nicht den Keim zu neuen Kriegen enthalten würden.

Wird die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erheben, daß in den Regierungen Ländern die Macht haben von heute auf sie hören müssen? Wir erwarten es. Aber es ist die höchste Zeit!

Knappschäftliches.

Vorstandsitzung des Bochumer Knappschäftsvereins vom 8. Mai 1919.

In der Sitzung am 8. Mai machte bei den geschäftlichen Mitteilungen die Verwaltung bekannt, daß der Kettele Benz als Vorstandskassierer ausgeschieden ist, weil er beim Verein als Krankenkassierer eingestellt wurde.

Die Heilkräfte in Bergknappen sei eine Zeitlang wegen Kohlenmangels geschwunden gewesen. Dem Vorschlag des Saugungsausschusses, den Mitgliedern des Vereins, die beim Grenzschutz und der Reichswehr sich befinden, diese Zeit als Militärdienstzeit anzurechnen, wurde zugestimmt.

Ein weiterer Vorschlag betraf den Ausverkauf, der die grundsätzliche Regelung des Vertriebsverhältnisses derjenigen Mitglieder, die bei den Arbeiterräten tätig sind, im Sinne hatte, wurde vertagt. Dasselbe geschah auch mit den Vorschlägen des Kuratoriums, weil die Kettele nicht die genügende Zeit zur Durchberatung hatten.

Endlich ist auch mit einem alten System gebrochen worden, wonach es den unteren Beamten verboten war, in die höchsten Stellen aufzurücken. Der Abteilungsleiter L. n. z. ist diesmal zum Geschäftsführer vorgezogen.

Bei der Gewährung der Invaliden-, Witwen- und Waisenerwerbszulage ergaben sich Mißstände insofern, als denjenigen Invaliden und Witwen, die die Höchstgrenze von 75 bzw. 50 Mark Einkommen erreichten, nicht die volle Zulage zufließen konnte.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Vertrauensmännerkonferenz im Bezirk Gladbeck.

Die Vertrauensmännerkonferenz unseres Verbandes, welche am 11. Mai in Gladbeck tagte, besaß sich in längerer Aussprache mit der von der sogenannten Neuen Kommission beschlossenen Forderungspolitik gegen unseren Verband, die mit der Beitragsperiode beginnen sollte.

Das die ganze Forderungspolitik und Austrittsbewegung getragen wird von den durch die Revolution in den Verband getriebenen Mitgliedern, bemessen die Erfahrungen, die in den einzelnen Bezirken damit gemacht wurden. Schuld hieran haben allerdings ein Teil alter Funktionäre selbst, welche trotz gegenteiliger Ansicht es unterließen, dieser Bewegung entgegenzutreten.

Die am heutigen Tage stattfindende Vertrauensmännerkonferenz für den Bezirk Gladbeck beruht jede von der Neuen Kommission in Besoldung von einigen Kameraden betriebene Zerpfitterungspolitik innerhalb unseres Verbandes. Konferenz ist der Ansicht, daß alle Funktionäre, welche in den letzten Wochen sich dazu hergegeben haben, die Austrittsbewegung zu fördern, ihre Konsequenzen zu ziehen und ihre Posten niederzulegen haben.

Wie erreichen wir das Ziel?

Vom Kameraden J. R. aus Solzwickede wird uns geschrieben: Einem kurzgeheißenen Meere gleicht heute die Masse der Arbeiter, die, mit den Wellen ringend, für einen Moment die Sonnenstrahlen aufsuchen können und daraus die Hoffnung schöpfen, daß das Schiff, wenn auch schwer beschädigt, glücklich landen wird.

Es muß einmal klar gesagt werden, daß ein Staat für sich allein die sozialistischen Ideen nicht so verwirklichen kann, wie sie sich in den Köpfen der Idealisten ausmalen. Wehrheitssozialist und Spartakus kämpfen heute um das Ziel, der Welt den Weg vorzubereiten, der zum demokratischen Staate führt.

Wie es nun in einem Zukunftsstaate nur freie Menschen geben soll, müßte Spartakus sein Beispiel wiederholen und einiger Kampf wäre die unausweichliche Folge. Den Einwand, daß diese Arbeiterdiktatur nur eine Uebergangszettel zum demokratischen Staate sein soll, will ich dahingehend beantworten, daß diese Uebergangszettel soviel Gegner schaffen würde, daß wir von der Verwirklichung der reinen sozialistischen Ziele um Jahrzehnte entfernt würden.

Kamerad J. R. sieht die Dinge richtig: Spartakus setzt sich darüber hinweg, daß auf der sozialistischen Fahne auch gleiches Recht für alle steht. Die Diktatur, ganz gleich von wem sie ausgeübt wird, schließt aber die Gleichberechtigung aus. Es gibt dann wieder Bedrückte und Bedrückte. Das bedeutet neuen Klassenkampf.

Stimmung der Kumpels nach dem Streik.

Von unserem alten Mitstreiter J. W. aus Essen wird uns geschrieben: Wie in der Regel nach jedem Streik, ist auch jetzt die Verbandsleitung an dem schlechten Ausgang des Streiks schuldig; so die Aussage vieler, auch leider älterer Verbandskameraden.

Anderer wieder sagen, mit solchem Pöbel gebe ich mich nicht ab, treten dann stillschweigend zurück und überlassen den Radikalen das Feld ihrer Tätigkeit. Ein Umstand, der diesen dann leichtes Spiel gibt, solche Pöbel zu integrieren und dann, die Waage sich selbst überlassend, verschwinden. Um was sich nun handeln? Ja, die Verbände sind wieder nicht auf dem Posten gewesen.

Von radikaler Seite wird wohl große Hoffnung auf den Verlauf der Generalversammlung gesetzt. Dort wird die Sache schon ins Reine kommen und abgerechnet werden mit denen, die geschickt haben. Der große Fehler ist nämlich darin, daß die Regierung nicht gezwungen worden ist, die Bergleute mit einem Geleze zu bedenken, das die sofortige Sozialisierung aller Bergwerke und die sechsstündige Schicht nebst Lohn-erhöhung in sich schloß.

Bei diesem Durcheinander werden leider die Prinzipien der Gewerkschaft ganz vergessen und nur Forderungen gestellt, ob erfüllbar oder nicht. Zu diesen Prinzipien gehört auch die Forderung des Tarifvertrags. Hier wäre es angebracht, Grundlagen zu schaffen, um die in die Tat umzusetzen, sobald geregelte Verhältnisse eintreten.

So weit unser Kamerad J. W. Er urteilt ruhig und leidenschaftlos. Wo die Leidenschaften herrschen, wirkt ruhige Besonnenheit besonders wohlthuend. Wir können unserem Kameraden J. W. nur beistimmen. Es fehlt an gewerkschaftlicher Schulung. Leider nur zu viele Mitglieder kennen das Wesen, den Aufbau und die Aufgaben ihrer Organisation nicht. Sie wissen nicht, wie diese gewaltige Waffe, die wir uns in Jahrzehnten geschaffen haben, gehandhabt werden kann und gehandhabt werden muß.

Über danach wird nicht gefragt. Der Vorstand soll eben nach der Weise eines jeden Einzelnen tanzen, und weil er das nicht kann, ohne gegen das Verbandsstatut und die Wehrheitsbeschlüsse zu verstoßen, wird er nach allen Regeln bolschewistisch-parasitärer Kunst herumtergeritten. Es redet und bebt sich alles in eine immer größere Leidenschaft hinein ohne zu prüfen, ob das richtig ist oder nicht.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Lebenshaltung im Ruhrbezirk.

Vom Kameraden B. M. aus Braunfels wird uns geschrieben: Um den Werkbestimmern im Ruhrbezirk, die über unerhörte Lohnforderungen klagen, eine Uebersicht über die notwendigen Lebensbedürfnisse und deren Preis vor Augen zu führen, lege ich die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie (Vater, Mutter und drei Kinder) zugrunde und bleibe es ihnen überlassen, dieselben nachzuprüfen und sich dann selbst ein Urteil über Sinnhaftigkeit und Ausmaß der hiesigen Arbeiterkassen zu bilden.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like 35 Pfund Kartoffeln, 22 1/2 Pfund Brot, 500 Gramm Fleisch, etc.

Zusammen 98,30 M.

Die angegebenen Preise sind nachzuweisen und mit noch weniger ist wohl nicht gut möglich auszukommen. Ober doch? Mit den Lebensmitteln, welche auf Karren geliefert werden, kann auch ein im Lohngebiet beschäftigter Bergmann unmöglich bestehen und arbeitsfähig bleiben.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Haltet treu zu unserm Verbands.

Am 4. Mai fand in Berlin eine Versammlung der 300 Mitglieder statt. Mit dem Besuch derselben war es sehr traurig bestellt. Von den 300 Mitgliedern waren kaum 30 anwesend, trotzdem die Versammlung genügend bekannt gemacht war.

Zur Lage in der Kalkindustrie

wird uns von dem Kameraden U. R. aus Gann-Zimmer geschrieben: Ein Ueberblick in der Kalkindustrie zeigt, daß dieselbe durch den Kohlenmangel ganz erheblich zu leiden hat.

Darum nun die andauernden Unruhen und Streiks, die doch nur zum Schaden und nicht etwa zum Vorteil der minderbemittelten Bevölkerung dienen? Ein Streik ist den anderen ab, und somit vermehren sich die Unruhen von Tag zu Tag.

Dieses trifft auch bei den Kalkarbeitern zu. Um das zu erreichen, sind aber in der jetzigen Zeit Streiks nicht nötig. Die Organisationen sind und müssen anerkannt werden.

Ich habe keine Ursache, die Werksbesitzer in Schuld zu nehmen, zumal auch diese Herren vor der Revolution keine Rücksicht mit den Arbeitern hatten. Auch ich habe das friedliche Vorgehen noch nicht begriffen und kann die Erbitterung der sich jahrelang aufgeschauht hat.

Die Lage der Kalkindustrie kann auch nicht als ruhig bezeichnet werden. Wenn auch viele Werke in den letzten Jahren einen ziemlich großen Ueberfluß abgewartet hatten, so gibt es auch solche, die nicht eine gute Rentabilität besitzen, die die Reserven zum Teil verbraucht haben.

Wenn nun hier und da noch in den Lohn- und Arbeitsbedingungen Mängel bestehen, so bedarf es, wie schon erwähnt, um diese abzuändern, keiner Streiks. Es muß vielmehr versucht werden, auf dem Verhandlungsweg zu einer Verständigung zu kommen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Vereinbarungen im Stahlfurter Kalkbergbau.

Die Arbeiterausschüsse von vier Stahlfurter Kalkwerken haben den Werksverwaltungen verschiedene Forderungen bezüglich der Löhne und der Arbeitszeit unterbreitet. Verlangt wurde ein Lohnausgleich, der vor allem den am schlechtesten bezahlten Gruppen zugute kommen sollte.

Die Belegschaften von Ludwig II und III traten sofort in den Streik. Die Belegschaften der anderen Werke, wo den Arbeiterforderungen ebenfalls kein Gehör geschenkt wurde, erklärten sich sofort. Verhandlungen mit einem Vertreter des Kalkindustriellen und den Arbeiterausschüssen hatten keinen klaren und bestimmten Erfolg.

Die Arbeitszeit unter Tage beträgt 7 1/2 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für jeden Einzelnen und 4 Stunden Pause. Für Arbeiter über Tage und Fabrikarbeiter beträgt die Schichtdauer 8 Stunden bei 7 1/2 Stunden reiner Arbeitszeit und einer halbtägigen Pause.

Die Höhe der Löhne für Arbeiter unter 20 Jahren bleibt besonderen Vereinbarungen der Werke mit den Arbeiterausschüssen vorbehalten. Die vereinbarten Sätze gelten unter der Voraussetzung einer nach den bisherigen Erfordernissen als angemessen festgestellten Leistungen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Am Oberschlesien.

Unser Kamerad Heinrich Dillier schreibt zu der in den Friedensbedingungen unserer Gegner vorgesehene Angleichung von Oberschlesien an Polen:

Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen war für die ober-schlesische Bevölkerung niederschmetternd. Niemand hatte gelaubt, daß nach dem die Regierungen der Entente sich bereit erklärt hatten, unter Annahme der 14 Punkte Wilsons mit Deutschland Frieden zu schließen, sie einer derartigen Vergewaltigung fähig seien.

Der größte Teil der ober-schlesischen Bevölkerung spricht polnisch, ohne aber die polnische Schrift lesen zu können. Die in Oberschlesien täglich zur Verteilung kommenden Zeitungen haben insgesamt eine Auflage von 660 000, davon erscheinen 440 000 in deutscher und nur 120 000 in polnischer Sprache.

Schon im letzten Jahre des Krieges wurde in Oberschlesien unter der Oberfläche für eine Kostrennung dieses Gebiets und seine Angleichung an Polen gewirkt. Nach dem Ausbruch der Revolution wurde diese Agitation offen und wahr.

Wiederholt waren schon bestimmte Tage angegeben worden, an denen der Uebergang Oberschlesiens an Polen sich vollziehen sollte. Bestimmt wurde von den polnischen Chauvinisten erklärt, daß die ober-schlesische Bevölkerung mit Deutschland nichts mehr gemein haben und sich dieserhalb nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preussischen Landesversammlung beteiligen dürfe.

Die gewerbliche Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hat zu den Vorgesängen in Oberschlesien folgenden Beschluß gefaßt: Die Arbeitsgemeinschaft verurteilt aufs Schärfste die Vorgesänge in Oberschlesien, insbesondere die Absehung von Beamten in einer großen Anzahl von Werken.

Saargebiet und Reichslande.

Warum wurde im Saargebiet gestreikt?

Wir brachten in Nr. 19 der Bergarb.-Z. eine Schilderung der Geschäfts- und Auswirkungspraxis der Franzosen im Saargebiet. Bis Beweiskraft hierfür führten wir auch einen Brief von Professor Hertwig, dem früheren national-liberalen Abgeordneten aus Saarbrücken, an, worin dieser die ihm bei seiner Ausweisung zuteil gewordene Behandlung durch die Franzosen schildert.

Die Franzosen schildert. Dazu wird uns nun von ebenfalls ausgewiesenen Saarbergarbeitern geschrieben:

Zu unserem Erstaunen lesen wir in unserer Verbandszeitung vom 10. Mai einen Artikel, wonach mehrere Herren „mit freilebenden oder vielfach widerpenigen Bergleuten“ ausgewiesen wurden.

Warum hat der Saarbergmann gestreikt? Wegen längst bewilligter Forderungen? 1. Der Saarbergmann arbeitet 8 1/2 Stunden ohne Ein- und Ausfahrt, während im ganzen Reich 8 Stunden gearbeitet wird.

Einer der Herren hat sich, wie er schreibt, telephonisch Geld und Gepäck schicken lassen. Meine Frau war noch bei mir an der Gefängniszelle. Sie wollte mir etwas Geld und zu essen geben. Auch sie wurde schroff abgewiesen.

So weit die Zufuhr, in welcher der berechnete Groß nachtritter über die Bedrückung durch das saarabische System, das die Arbeiter so lange tragen mußten. Auch während der Besetzung scheint alles geschehen zu sein, um diesen Groß noch zu steigern.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 21. Woche (vom 18. bis 24. Mai 1919) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Betrifft Generalversammlung.

Zu der 21. Generalversammlung unseres Verbandes sind 333 Anträge eingelaufen. Die Veröffentlichung dieser Anträge in unserer „Bergarbeiter-Zeitung“ würde etwa 5 bis 6 Seiten in Anspruch nehmen.

Achtung! Bezirk Borna. Achtung! Die Poststellen Croßhaffsen, Regis, Rätzig, Nöbbera und Beditz haben für den Monat April die Beiträge nicht abgeliefert.

Die Poststellen Croßhaffsen, Regis, Rätzig, Nöbbera und Beditz haben für den Monat April die Beiträge nicht abgeliefert, sondern die Beitragsliste beschlagnahmt. Es sind sogar ohne Beitragsmarken Beiträge entlastet worden.

Richtigstellung.

In den Nummern 18 und 19 dieser Zeitung ist unter „Verbandsnachrichten“ eine Bekanntmachung betr. Erhöhung im Ruhrreiter veröffentlicht. Es ist da von einer Erhöhung des Gebührensatzes um 12 1/2 Prozent die Rede.

Durch einstimmigen Beschluß der Poststelle Gauscham wurden wegen Schädigung des Verbandes folgende Mitglieder aus dem Ruhrreiter ausgeschlossen: Nr. 248 491 Sebastian Trager, Nr. 216 329 Anton Elmsted, Nr. 224 188 Franz Schlagsl, Nr. 259 066 Ernst Schmidt, Nr. 232 306 Josef Peter.

Rührerentlohn.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Meistern die Arbeit zu erleichtern. Ober-Waldenburg, vom 1. bis 15. Juni. Bistrop, vom 1. bis 15. Juni.

Bibliotheken.

Östrop. Die Bibliothek befindet sich jetzt beim Kameraden Josef Schwara, Bahnhofstraße 37.

Krankenunterstützungs-Ausschuss.

Derne I. Jeden Dienstag und Freitag in der Wohnung des Kameraden Th. Renke, Sabelberger Straße 2, von 9 bis 6 Uhr. Oberwalle. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, von 4 bis 6 Uhr in der Wohnung des Vertrauensmannes Guido Bräcker, Döllingstraße 3.

Adressenveränderungen.

Bedhausen I. An Stelle des bisherigen Vertrauensmannes Hoffmann und des Kassierers Stuhl, welche für die Austrittsbewegung aus dem Verbandspropaganda machen und als Funktionäre des Verbandes nicht mehr anerkannt werden, hat der Kamerad Josef Hoffmann, Gutsamerstraße 23, die Geschäftsführung der Poststelle übernommen. Gänzigfeld. Die Geschäfts der Poststelle führt der 2. Vertrauensmann Gottfried Wolkmann, Marktstraße 2.